

Kurzbeiträge

Die Auszehrung der Volksparteien

Karl-Heinz Naßmacher¹

Der Niedergang der Volksparteien CDU/CSU und SPD von fast 50% auf ca. 30% bzw. von etwa 40% auf unter 20% der gültigen Stimmen hat sicher vielfältige Ursachen. Davon sind einige öffentlich diskutiert worden. Aber ein Aspekt, die innere Auszehrung dieser Parteien, die "Millionen von politisch mündig gewordenen Aktivbürgern, erst organisiert und aktionsfähig gemacht"² hatten, wurde weithin ignoriert.

Die Ausgangstatsachen hingegen sind bestens bekannt: Die (ehemaligen) Volksparteien verloren

- **Wähler** (bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sank ihre Stimmzahl von durchschnittlich 29,3 Mio. Stimmen im Jahre 2012 auf durchschnittlich 21,5 Mio. Stimmen im Jahre 2018),³
- **Mitglieder** (von insgesamt 1,8 Mio. im Jahre 1980 sank die Zahl der Parteimitglieder auf zusammen 1,1 Mio. im Jahre 2012⁴ – und das ungeachtet der deutschen Einheit, die CDU und SPD neue Mitglieder zugeführt hatte) ebenso wie (wenn auch in weit geringerem Umfang)
- **Beitragseinnahmen** (von zusammen 101,2 Mio. € im Jahre 2006 sanken die Einnahmen der drei Parteien aus Mitgliedsbeiträgen auf 99,6 Mio. € im Jahre 2017).⁵

Aber was ist mit der (vom Bundesverfassungsgericht angemahnten) zivilgesellschaftlichen Verankerung der Parteien? Das Gericht sprach 1992 von ihrer „Verwurzelung im Volke“.⁶ Diese grundlegende Mahnung der Richter verhallte ungehört, vermutlich wegen der nahezu gleich bleibenden Beitragseinnahmen.

¹ Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher ist Professor em. für Politikwissenschaft an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

² Gerhard Leibholz: *Strukturprobleme der modernen Demokratie*, 3. Aufl., Karlsruhe 1967, S. 154.

³ Wählerstimmenkonto in der Aufstellung der BT-Verwaltung: Festsetzung der staatlichen Mittel für das Jahr 2003 bzw. 2019.

⁴ Rudzio, Wolfgang: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, 9. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 157.

⁵ Rechenschaftsberichte für 2006 und 2017, das erste Jahr mit eigener Kategorie „Mitgliedsbeiträge“ und der jüngste derzeit verfügbare Bericht. BT-Drs. Nrn. 19/300 bzw. 19/7000.

⁶ BVerfGE 85, 287.

Den Parteien laufen die Mitglieder davon, auf deren Beiträge sind die Organisationen aber dank üppiger Staatszuschüsse nicht angewiesen. So etwa ließe sich eine weit verbreitete Meinung⁷ zuspitzen. In einer Lage mit allgemein steigenden Einkommen und Ausgaben konnten die Parteien sich offenbar behelfen.

Die „Abgaben der Mandatsträger“ (volkstümlicher „Pfründenzins“⁸ oder „Parteisteuern“⁹ genannt) wurden zu „Sonderbeiträgen“ erklärt und zusammen mit den Beiträgen der Parteimitglieder und Kleinspenden der Anhänger als finanzwirtschaftlicher Indikator für die „Verwurzelung im Volke“ (= Verankerung in der Gesellschaft) genutzt. Die spätestens 1994 fällige Wiederherstellung der Kategorie „Mitgliedsbeiträge“ in den alljährlichen Rechenschaftsberichten gemäß § 24 Abs. 2 Parteiengesetz (PartG) unterblieb.

Als diese Kategorie in den Jahresrechnungen der Parteien durch eine spätere Novelle des PartG wiederhergestellt wurde, entfiel die fällige Anpassung der Rechtsgrundlage für den sog. Zuwendungsanteil der staatlichen Teilfinanzierung.¹⁰ Mandatsträgerabgaben gelten weiterhin als Anzeichen für eine „Verwurzelung im Volke“, offenbar weil die gewählten Vertreter des Volkes auch zum wählenden Volke gehören. Die jährlichen Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen verharrten zwischen 2006 und 2017 für die drei „Volksparteien“ bei insgesamt ca. 100 Mio. € im Jahr, per Saldo sanken die Einnahmen aus dieser Quelle nur um anderthalb Mio. € (d.h. 1,58%). Auch bei allgemein steigenden Einkommen¹¹ reichte das nicht für einen Aufreger. Niemand wertete den geringen Einnahmeschwund als Krisenzeichen für die Verankerung der Parteien in der Gesellschaft.¹²

Wenn doch, dann eher lautlos: Die Daten lagen als Bundestagsdrucksache öffentlich vor, also gab es keinen Anlass für die Medien, das Publikum auf diese

⁷ u.a. Landfried, Christine: *Partei Finanzen und politische Macht*, 2. Aufl., Baden-Baden 1994, S. 13f.

⁸ Haungs, Peter: *Partei Finanzierung*, Mannheim 1963, S. 17.

⁹ So der in Österreich übliche Begriff; s. Sickinger, Hubert: *Politikfinanzierung in Österreich*, Wien 2009, S. 227.

¹⁰ Neuntes Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3673).

¹¹ Im gleichen Zeitraum stieg das Durchschnittseinkommen in Deutschland (gemessen durch das Volkseinkommen pro Kopf) von € 22.191 auf € 29.405, also um fast ein Drittel; für die Daten s. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/161335/umfrage/entwicklung-des-volkseinkommens-in-deutschland-pro-kopf/>.

¹² Einen deutlichen Einnahmeschwund von über 5 Mio. € verzeichnete nur die CDU. Dies ist aber von erheblicher Bedeutung, weil bei dezentralem Beitragsinkasso durch die Kreisverbände vor allem dort Einnahmen wegfielen.

Entwicklung hinzuweisen oder diesen Prozess als Skandal zu kommentieren. Als Nachweis für ihre Basisorientierung entdeckten die Parteizentralen das Demokratiepotehtial von Mitgliederentscheiden. Eine schwache SPD-Führung hatte mit der Direktwahl des Parteivorsitzenden Scharping 1993 den Weg gewiesen.¹³ Die Bundes-FDP nahm den „fakultativen Mitgliederentscheid“ 2007 in die Satzung auf. Bei der vermeintlichen Euro-Rettung (2011)¹⁴ hatte die FDP-Führung dann alle Hände voll zu tun, um eine Mehrheit der FDP-Mitglieder gegen die Regierungspolitik zu verhindern.¹⁵ Das blieb bis heute der spektakulärste Anwendungsfall. 2009 und 2018 sah die SPD-Führung dann eine Möglichkeit, die unter Funktionären unbeliebte Koalition mit CDU und CSU durch Mitgliederentscheid legitimieren zu lassen. Jetzt planen Teile der SPD-Führung den vorzeitigen Ausstieg aus der „großen Koalition“ durch Parteitagbeschluss nach dem Motto „es muss nicht immer Basis sein“.

2019 durften die SPD-Mitglieder schon in zwei Wahlgängen über den Parteivorsitz entscheiden, nachdem 2017 und 2018 offenbar noch jeweils Vier-Augen-Gespräche zwischen Amtsinhaber und Nachfolger dafür ausgereicht hatten. Und nun will auch die Junge Union durch Urwahl der Parteimitglieder den nächsten Kanzlerkandidaten ermitteln lassen¹⁶ – bevor der Termin eines Kanzlerwechsels überhaupt feststeht. Einer sinkenden Zahl von Parteimitgliedern werden (nach dem Gusto schwacher Parteiführungen) wichtige Richtungsentscheidungen zugeschoben – obwohl die finanzielle Leistungsbereitschaft der Mitglieder für die Ziele der Partei nicht mit der allgemeinen Einkommensentwicklung Schritt hält. Im Übrigen beschafften sich die Parteispitzen fehlende Finanzmittel durch vorschnelle Anhebung der Maßstäbe für die staatliche Teilfinanzierung wie 2015 oder durch großzügige Erhöhung ihrer „absoluten Obergrenze“ wie 2018.¹⁷

¹³ Diese Fehlentscheidung konnte durch den Parteitag 1995 in Mannheim erfolgreich korrigiert werden: Oskar Lafontaine wurde (nach Art des gallischen Dorfes) „auf den Schild gehoben“.

¹⁴ Im Ausland wurden die verschiedenen „Rettungsschirme“ vor allem der Interessenlage französischer Banken und deutscher Lebensversicherungen (u.a. also der Altersvorsorge des deutschen Mittelstandes) zugeordnet.

¹⁵ DIE ZEIT online, 16.12.2011; s. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-12/fdp-mitglieder-euro>.

¹⁶ Deutschlandtag am 11.10.2019; s. <https://www.tagesschau.de/inland/junge-union-deutschlandtag-103.html>.

¹⁷ BT-Drs. Nrn. 18/6879 bzw. 19/2509. Für Einzelheiten zur Erhöhung der Parameter s. Naßmacher, Karl-Heinz: „Schwachstellen in der Parteienfinanzierung“, in: MIP 2017, S. 131f.

Diese Reaktion der deutschen Parteien auf den Mitgliederverlust entspricht weithin dem Befund in anderen europäischen Demokratien. „Parteien sind multifunktionale Organisationen, die zunächst als Verbund von Freiwilligen auftreten und sich aber dann in einem hart umkämpften, finanzintensiven und machtversprechenden politischen Markt zu rechtfinden müssen.“¹⁸

Ein Mitgliederschwund kann die Parteiorganisation vor große Probleme stellen.¹⁹ Köln hat für 47 Parteien in Europa verschiedene Handlungsstrategien der Parteien identifiziert. Die meisten der von ihr untersuchten Parteien reagierten „auf sinkende Mitgliederzahlen mit einer höheren Anzahl von Beschäftigten, höheren Ausgaben und einer stärkeren staatlichen Finanzierung“.²⁰ Außerdem werden weniger Kreisbüros unterhalten. Mit anderen Worten: Aus öffentlichen Mitteln bezahlte Mitarbeiter der Parteizentralen ersetzen freiwillige Mitwirkung von politischen Aktivisten vor Ort, die Organisation der Parteien in der Fläche wurde ausgedünnt.²¹

Bei den (ehemaligen) Volksparteien in Deutschland sind auch die Kreisparteien nicht untätig geblieben. Bei nicht auskömmlichen Beitragseinnahmen (und ohne Anteil an der staatlichen Teilfinanzierung) suchten Kreisverbände und Unterbezirke kalkulierbare, verlässliche, zusätzliche Einnahmen – und fanden diese bei ihren Mandatsträgern. Während die „Verwurzelung im Volke“ abnahm, gelang es den Parteien vor Ort, den Grad der Abschöpfung von Einnahmen aus dem „Pfründenzins“ bei einigen Nutznießern politischer Mitwirkung deutlich zu verstärken: Die „Parteisteuern“ der kommunalen Mandatsträger übernahmen die finanzielle Absicherung zahlreicher Kreis- und Ortsparteien.²²

Erinnern wir uns an den hochmodernen Verfassungstext von 1949: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“²³ Die von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes vor

¹⁸ Kölln, Ann-Kristin: *Party decline and response*, Diss. University of Twente, Enschede 2014, S. 236.

¹⁹ Kölln 2014 (Fn. 18), S. 235.

²⁰ Kölln 2014 (Fn. 18), S. 236.

²¹ Eine Ausnahme war hier lange Zeit die CSU, die aus Mitteln der öffentlichen Parteienfinanzierung ein Netz hauptberuflicher Mitarbeiter in der Fläche aufbaute. Für Einzelheiten s. Mintzel, Alf: *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972*, Köln und Opladen 1975, S. 109-113.

²² Blumenberg, Manuela S./Nassmacher, Karl-Heinz: *Inequality at the Grassroots: The Funding of German Parties in Counties and Cities*, Paper presented at IPSA World Congress, Poznan 2016, S. 11f.

²³ Art. 21 Abs. 1 S. 1 GG.

70 Jahren ebenso anschaulich wie zukunftsweisend umschriebene Rolle der Parteien als Bindeglied zwischen Individuen, gesellschaftlichen Gruppen und politischem System verdeutlicht die Vielfalt der Aufgaben (= Parteifunktionen). Demokratische Parteien befinden sich auf Dauer in einem existenziellen Spannungsverhältnis: Sie „verkörpern sowohl das bürgerbasierte partizipatorische Ideal der Demokratie“ als auch das elitenzentrierte repräsentative Modell von „Volksherrschaft“ (genauer: *popular government*). Parteiorganisationen als wichtiger Bestandteil beider Konzepte²⁴ sind sowohl „Sprachrohr des mündigen Volkes“²⁵ als auch „Instrumente demokratischer Regierungsweise“.²⁶ Welche konkreten Aufgaben ergeben sich aus dieser Ambivalenz?

In jeder Massendemokratie ist die Mobilisierung von Wählern zur Stimmabgabe bei Wahlen (in der Regel durch Wahlkämpfe) eine offenkundige Notwendigkeit. Bei Mitgliederschwund konzentrierten westeuropäische Parteiorganisationen ihre Arbeit „mehr und mehr auf den Wahltag und weniger auf die Zeitspanne zwischen Wahlen.“²⁷ Auch wenn Wahlkämpfe in der Öffentlichkeit, bedingt durch Reibungsverluste zwischen Parteien und Medien, zunehmend weniger wirksam sind, so bleibt diese Aufgabe prinzipiell erhalten. Keine moderne Demokratie und keine massenwirksame Partei hat bisher versucht, völlig darauf zu verzichten.

Dennoch haben die letzten Jahrzehnte sozialen Wandels auch hier manches verändert. Traditionell leisteten Großorganisationen (katholische Kirche, Gewerkschaften von Facharbeitern in der Industrie) durch Hirtenbriefe bzw. „Wahlprüfsteine“ wichtige Zubringerdienste für die deutschen Volksparteien, insbesondere bei der Mobilisierung potentieller Wähler für die Stimmabgabe. Angesichts des beträchtlichen Bedeutungsverlustes für katholische Kirche und Industriegewerkschaften in den Großbetrieben des Bergbaus, der Stahlerzeugung und der Chemie ist kaum davon auszugehen, dass die alten Merksätze zum Wahlverhalten in Deutschland noch gelten. Lange Zeit zutreffend waren die sozialen Merkmale der Stammwähler zusammenfassende Aussagen wie: „die alte katholische Bauersfrau wählt CDU/CSU“, „der junge gewerkschaftlich organisierte Facharbeiter in Großstädten bevorzugt die

SPD“. Einerseits haben Spitzenkandidaten und politische Themen (issues) einer Wahl gegenüber sozialen Strukturmerkmalen an Bedeutung gewonnen. Zusätzlich hat die Volatilität des deutschen Elektorats generell zugenommen.

Hinzu kommt noch eine weitere Dimension des sozialen Wandels: Die Bindungsbereitschaft der Individuen hat generell nachgelassen. Daraus resultiert ein weiteres Problem der Parteitätigkeit. Weniger offensichtlich als der Wettbewerb um Wählerstimmen, aber dennoch notwendig ist es, aus dem Kreis der politisch Interessierten zur politischen Aktivität bereite Bürger zu rekrutieren und ihnen ein Übungsfeld zum Erlernen und Anwenden jener Fähigkeiten und Fertigkeiten zu bieten, die sich zutreffend als „politisches Handwerkszeug“ bezeichnen lassen. Dazu zählen etwa disziplinierte Teilnahme an Sitzungen, Anhören und Ertragen anderer Auffassungen, freie Rede und Argumentation, Versammlungsleitung, Umgang mit Geschäftsordnungen, zähes Ringen um tragfähige Kompromisse, Zusammenführen von Mehrheiten. Und nicht zuletzt die größte aller demokratischen Tugenden, die Bereitschaft und Fähigkeit auf freiwilliger Basis mit Leuten zusammen zu arbeiten, die man nicht mag, die einem vom Gefühl her unsympathisch sind. Das meiste davon kann niemand bei Massendemonstrationen (wie etwa „Fridays for Future“) oder in Internetforen lernen.

So wie jedem sportlichen Kräfteressen und jedem künstlerischen Wirken Trainingseinheiten und Übungsstunden vorangehen, bedarf auch wirksame politische Aktivität einer angemessenen Vorbereitung. Wenn dabei politische Talente „geschult“ und Entwürfe für öffentliche Politik entwickelt werden, umso besser. Die formelle Rekrutierung von politischem Personal durch Nominierung für parlamentarische Mandate und öffentliche Ämter schließt diesen Prozess ab. Einübung und Auswahl politischer Eliten auf allen Ebenen des politischen Systems (Europa, Bund, Land, Kreis, Gemeinde) sowie Vorbereitung und Diskussion alternativer Optionen politischen Handelns kann keine Demokratie anderen Agenturen, etwa den Medien, der politischen Bildung oder der Wissenschaft und schon gar nicht den Interessenverbänden, überlassen.

So wie nicht jeder, der das Klavier spielen erlernt, zum Solopianisten werden kann oder will, so wenig hat jeder politisch aktive und engagierte Staatsbürger das Zeug zur politischen Führungskraft (und sei es nur in einer lokalen Parteiorganisation oder Vertretungskörperschaft). Neben den fernsehtauglichen Vorzeigefiguren mit persönlichem Charisma und den

²⁴ Erwägungen und Zitate aus: Kölln 2014 (Fn. 18), S. 237.

²⁵ Leibholz 1967 (Fn. 2), S. 176.

²⁶ Hermens, Ferdinand A.: *The Representative Republic*, Notre Dame IN 1958, S. 162; ders., *Verfassungslehre*, 2. Aufl., Köln und Opladen 1968, S. 169.

²⁷ Kölln 2014 (Fn. 18), S. 236.

vielseitig einsetzbaren politischen Managern²⁸ braucht jede Demokratie eine große Zahl von Berufs-, Freizeit-, Feierabend- und Hobbypolitikern. Analog zur weiten Spanne zwischen Breiten- und Spitzensport, die sich in den wichtigsten Sportvereinen findet, überbrücken die Parteien das Feld zwischen ehrenamtlicher und hauptberuflicher Politik, zwischen politischem Interesse, politischem Engagement und verbindlichen politischen Entscheidungen – auch wenn der Alltag in Orts- und Kreisverbänden zuweilen andere Eindrücke aufdrängt. Dazu gehört auch die Beobachtung, dass das neue Mitglied stört! – nämlich die Machtzirkel der Etablierten. Die Demokratie kann weder auf die einen (die Freizeitaktivisten), noch auf die anderen (die Berufspolitiker) verzichten. Indem Parteien beiden Gruppen Raum geben, machen sie demokratische Partizipation und volksnahe Elitenherrschaft (= popular government) gleichermaßen möglich.

„Die Entwicklung von Parteiorganisationen wird auch durch die Mitgliederzahl bestimmt. Parteimitglieder können als eine Ressource für Parteiorganisationen betrachtet werden.“²⁹ Umso mehr verwundert es, dass die beiden großen Parteien der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten keine Initiative zur Rekrutierung zusätzlicher Mitglieder ergriffen haben. In den frühen 1970er Jahren waren beiden Volksparteien massenhaft Mitglieder zugeströmt, weil sie in der öffentlichen Auseinandersetzung um Brandts „Ostpolitik“ (im Wortsinne) Partei ergreifen wollten. Als dieser Zustrom in den 1980er Jahren ausblieb, waren die Parteien auf eigene Initiativen bei der Mitgliederwerbung angewiesen. So hätten beispielsweise die Parteizentralen mehr tun können als nur die Möglichkeit zur Mitwirkung auf ihren Internetseiten zu annoncierieren. Hier ist etwa an regelmäßige Werbekampagnen mit dem Motto „jedes Mitglied wirbt ein neues“ zu denken. Freilich bleibt der Aufforderungscharakter medialer oder schriftlicher Aufrufe erfahrungsgemäß gering.

Also fiel diese Aufgabe eher der vielgepriesenen „Basis“ zu: In jedem Ortsverband könnte jeder Aktive aus seinem persönlichen Umfeld ein neues Mitglied werben und in die (durchaus gewöhnungsbedürftigen) Besonderheiten des Parteilalltags einführen. Die technische Vorbereitung und die praktische Durchführung solcher regelmäßigen Aktionen hätten die hauptberuflich tätigen Mitarbeiter der Kreisverbände

und Unterbezirke leisten müssen, z.B. bei alljährlichen Rundreisen durch die einzelnen Ortsverbände in Quartalen ohne landes- oder bundesweite Wahlkämpfe. Es bleibt das Geheimnis der mit sich selbst beschäftigten und selbstzufriedenen Parteiapparate, warum solche Aktionen spätestens seit 2000 nicht möglich waren.

Statt dem Mitgliederschwund durch Werbung neuer Mitglieder vor Ort wirksam zu begegnen und so die bedrohte Verwurzelung im Volke abzusichern, kümmernten sich viele Kreisparteien um die finanzielle Zukunft der eigenen Organisation (durch höhere „Partei-steuern“). Am Ende fehlten den (ehemaligen) Volksparteien insgesamt, aber auch vor Ort gleichzeitig

- ausreichende Beitragseinnahmen (für eine **Basisfinanzierung**),³⁰
- potentielle **Kandidaten** für Stadträte, Kreistage, Gemeinderäte und Bezirksvertretungen, sowie
- **Aktivisten** für Infostände, Hausbesuche und andere persönliche Wählerkontakte.

Können die „sozialen Medien“ und das Internet heute ein ausreichender Ersatz sein? Bei wirksamem (= professionellem) Einsatz zusätzlicher Mittel vielleicht, zumindest für eine bessere Kommunikation mit jüngeren Wählern. Aber so wie die „alten“ Parteien lernen müssen, mit den „digital natives“ zu kommunizieren, so muss die Greta- und Rezo-Generation begreifen,³¹ dass nur der mühsame „Marsch durch die Institutionen“ des politischen Systems – und der führt über die Parteien – das Regierungshandeln nachhaltig verändern wird. Das Risiko dieser neuen Generation ist allerdings dasselbe wie bei den Vorausmarschieren Gerhard Schröder und Joschka Fischer. Als die am Ziel angekommen waren, wollten sie vor allem oben bleiben und weniger etwas verändern.

Aber zurück zu den Internetforen, die ganz sicher *nicht* als Reservoir für Führungspersonal der eigenen Organisation in der Fläche und als frei verfügbarer Personalpool potentieller Kandidaten für alle Arten von kommunalen Vertretungen in Betracht kommen. Nur die örtliche Parteiorganisation kann eine Brücke zwischen Berufspolitikern und Hobbypolitikern sein. Wie die „Grünen“ bei ihrer Etablierung im deutschen Parteiensystem schmerzlich erfahren mussten, sind Bezirks-, Landes- und Bundesverbände von Parteien

²⁸ s. dazu Naßmacher, Karl-Heinz: „Müntefering, Franz“, in: Kempf, Udo/Merz, Hans-Georg/Gloe, Markus (Hrsg.): *Kanzler und Minister 2005-2013*, Wiesbaden 2015, S. 154-157.

²⁹ Köln 2014 (Fn. 18), S. 236 (Reihenfolge der Sätze verändert).

³⁰ Landfried 1994 (Fn. 7), S. 273f., betont deren Bedeutung für die Rückkoppelung der Parteiführung an die Parteianhänger.

³¹ Zu den Hindernissen für den Lernprozess dieser Generation s. Lisowski, Rainer: „Wir brauchen Sand im Getriebe des Fortschritts“, in: *Cicero*, 10. Juni 2019; <https://www.cicero.de/innenpolitik/rezo-cdu-akk-internet-gruene>.

für eine wirkungsvolle Beteiligung von Ehrenamtlichen ungeeignet. Hier dominiert die Gruppe der Berufspolitiker – ganz egal, ob sie (zur Sicherung ihres Lebensunterhalts) in „Vorfeldorganisationen“,³² der Kommunalpolitik, der formellen Parteiorganisation oder den Parlamenten (und deren Umfeld wie Fraktions- oder Abgeordnetenbüros) beruflich tätig sind. Das unverzichtbare Betätigungsfeld für Hobby- oder „Feierabendpolitiker“ (Ehrenamtliche) bleiben die Jugendorganisationen, die Ortsverbände und Kreisparteien.

Insofern ist die gesellschaftliche Verankerung der Parteien ebenso notwendig wie die Zirkulation ihrer Eliten. Die von „politischen Unternehmern“³³ betriebene Neugründung von Parteien, der jahrelange Schwund bei den Wählern der „Volksparteien“ und deren Verlust von Mitgliedern sind notwendige Korrektive („Ventile“), um jede Missachtung dieser demokratischen Selbstverständlichkeiten zu sanktionieren. Davon machen die Bürger in Deutschland (und anderswo) in den letzten Jahrzehnten offenbar wirksam Gebrauch.

Die Etablierung einer neuen Partei „Die Grünen“ war der Anfang, das politische Überleben der SED-Nachfolgepartei PDS eine zweite „Warnung“. Gründung, rauschhafte Blüte und (selbstverschuldetes) Scheitern der Piratenpartei³⁴ deuteten auf eine weitere Veränderung des deutschen Parteiensystems hin. Der Aufbau einer „Alternative für Deutschland“ (gegen die für alternativlos erklärte Regierungspolitik) und deren Abgleiten in den Rechtspopulismus lieferten den jüngsten „Weckruf“. Die dauerhafte Neuorientierung von fast 8 Mio. Wählern der (ehemaligen) Volksparteien und ein Mitgliederschwund von fast 1 Mio. „Aktivbürgern“ waren deutliche Warnsignale. Reicht das alles noch immer nicht für Alarmstimmung? Wer glaubt heute noch, dass eine Politik der „ruhigen Hand“ die „westliche Demokratie in Deutschland“³⁵ sichern kann?

³² Wie Wohlfahrtsverbänden, Verbraucherzentralen, Gewerkschaften oder Umweltinitiativen.

³³ Für ein Beispiel s. Naßmacher, Karl-Heinz: „Kraft, Waldemar Erich“, in: Kempf, Udo/Merz, Hans-Georg (Hrsg.): *Kanzler und Minister 1949-1998*, Wiesbaden 2001, S. 383.

³⁴ S. dazu Blumenberg, Manuela S./Nassmacher, Karl-Heinz/Onken, Holger: Germany: current issues of an aging party finance regime, in: Mendilow, Jonathan/Phélippeau, Eric (Hrsg.): *Handbook of Political Party Funding*, Cheltenham UK 2018, S. 261f.

³⁵ So Naßmacher, Hiltrud: *Politikwissenschaft*, 6. Aufl., München 2010, S. 221.